

## VEREINIGTES KÖNIGREICH

Unter der Annahme eines reibungslosen Austritts aus der Europäischen Union dürfte sich das Wirtschaftswachstum 2019 etwas beleben, bevor es sich 2020 verlangsamt. Einige Brexit-bezogene Unsicherheiten werden bestehen bleiben, bis Klarheit über die zukünftigen Handelsbeziehungen herrscht. Ein expansiver fiskalpolitischer Kurs und eine allmähliche Erholung der Exportentwicklung dürften das Wachstum stützen, während die geldpolitische Akkommodierung schrittweise zurückgenommen wird. Die Inflation wird sich den Projektionen zufolge bis Ende 2020 der 2%-Marke nähern.

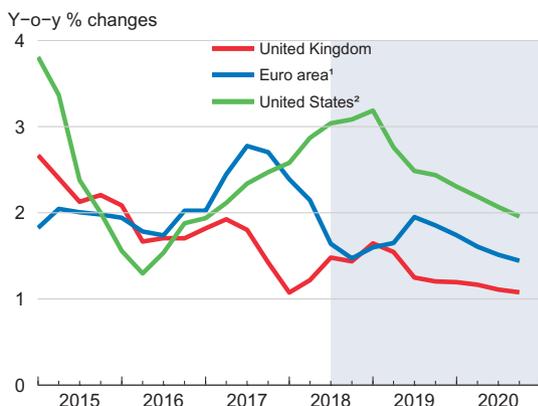
Angesichts der über dem Zielwert liegenden Inflation und der nach wie vor erheblichen Unsicherheit sollte die geldpolitische Normalisierung in sehr verhaltenem Tempo erfolgen. Die fiskalischen Impulse werden 2019 voraussichtlich einen Höchststand erreichen. Die zuständigen Stellen sollten für weitere Maßnahmen bereit sein, wenn es infolge des Brexit zu einem Nachfrageeinbruch kommt. Die aus wirtschaftlicher Sicht günstigste Brexit-Variante wäre ein Abkommen, das möglichst enge Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union und weitreichenden Zugang zu den Auslandsmärkten für Finanzdienstleistungen sicherstellt. Im Fall eines unregulierten EU-Austritts (No-Deal-Szenario) werden befristete Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen auf die Wirtschaft und zur Unterstützung entlassener Arbeitskräfte erforderlich sein.

### Brexit-bedingte Unsicherheit hemmt das Wirtschaftswachstum

Das Wachstum sowohl des privaten Konsums als auch der Investitionstätigkeit hat sich seit 2016 erheblich verlangsamt, was auf die Ungewissheit und den Kaufkraftverlust der privaten Haushalte zurückzuführen ist. Die Entwicklung am Wohnimmobilienmarkt ist verhalten. Die Hauspreisinflations lässt seit Anfang 2016 nach, wobei sich die Schwäche jedoch nach wie vor auf London konzentriert. Nachdem die Währungsabwertung infolge des Referendums zwei Jahre lang für ein kräftiges Exportwachstum sorgte, sind die Waren-

### United Kingdom

Growth is expected to slow in 2020



Exports have fallen sharply

Real exports of goods and services



1. Covers 17 countries that are both euro area and OECD members.

2. Projections from 2018Q4.

Source: OECD Economic Outlook 104 database.

United Kingdom: **Demand, output and prices**

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Current prices GBP billion	Percentage changes, volume (2016 prices)				
<b>GDP at market prices</b>	1 895.8	1.8	1.7	1.3	1.4	1.1
Private consumption	1 235.5	3.1	1.8	1.5	1.1	0.6
Government consumption	361.0	0.8	-0.1	0.8	1.9	2.0
Gross fixed capital formation	319.4	2.3	3.3	0.0	0.8	0.4
Final domestic demand	1 915.9	2.5	1.7	1.1	1.2	0.8
Stockbuilding <sup>1</sup>	6.9	-0.1	-0.5	-0.1	-0.1	0.0
Total domestic demand	1 922.8	2.5	1.2	1.0	1.1	0.8
Exports of goods and services	519.6	1.0	5.7	1.2	1.1	1.8
Imports of goods and services	546.6	3.3	3.2	0.2	0.1	0.7
Net exports <sup>1</sup>	- 27.0	-0.7	0.7	0.3	0.3	0.3
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	–	2.1	2.0	1.9	1.7	1.8
Harmonised index of consumer prices	–	0.6	2.7	2.5	2.3	2.1
Harmonised index of core inflation <sup>2</sup>	–	1.2	2.3	2.2	2.1	2.1
Unemployment rate (% of labour force)	–	4.9	4.4	4.1	4.0	4.1
Household saving ratio, gross (% of disposable income)	–	6.7	4.5	4.6	4.6	4.6
General government financial balance (% of GDP)	–	-2.9	-1.9	-1.3	-1.6	-1.3
General government gross debt (% of GDP)	–	119.5	117.0	115.6	114.6	113.6
General government debt, Maastricht definition (% of GDP)	–	87.9	87.4	87.3	87.0	86.9
Current account balance (% of GDP)	–	-5.2	-3.7	-3.4	-3.3	-2.9

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

Source: OECD Economic Outlook 104 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933878247>

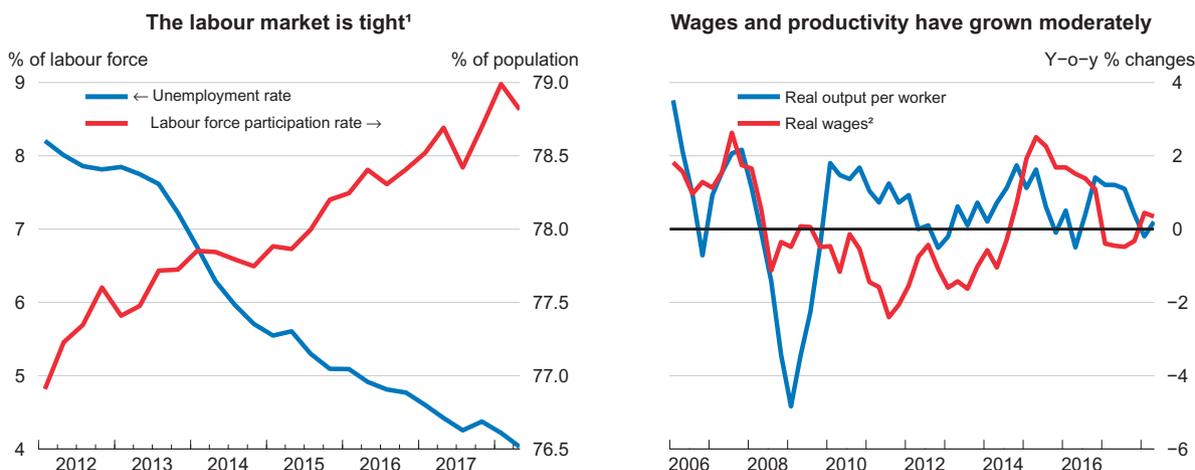
und Dienstleistungsexporte seit Jahresbeginn deutlich zurückgegangen, was zum Teil auf einmalige Faktoren zurückzuführen war. Zuletzt haben sich die Handelsströme wieder erholt, und das Leistungsbilanzdefizit lag im dritten Quartal 2018 bei 3,2% des BIP.

Die Inflation liegt seit 2017 über dem Zielwert von 2%, was zunächst durch die Währungsabwertung und zuletzt durch höhere Rohstoffpreise bedingt war. Die Arbeitslosenquote befindet sich mit einem Wert von 4% im zweiten Quartal 2018 auf einem historisch niedrigen Niveau. Dementsprechend machen sich Arbeitskräfteengpässe bemerkbar. Die durchschnittlichen Realeinkommen sind zwar gestiegen, liegen aber immer noch unter dem Vorkrisenniveau. Die Migration aus EU-Ländern ist rückläufig, was jedoch durch eine höhere Nettozuwanderung aus Nicht-EU-Ländern kompensiert wird.

### **Der Übergang in die Zeit nach dem Brexit muss durch Politikmaßnahmen flankiert werden**

Die Projektionen gehen davon aus, dass das Vereinigte Königreich und die Europäische Union demnächst eine Einigung über die Austrittsbedingungen und die Übergangsphase erzielen, dabei aber nur die groben Umrisse der zukünftigen Handelsbeziehungen abstecken. Dadurch würden zwar einige der kurzfristigen Ungewissheiten beseitigt, es blieben aber immer noch erhebliche Unwägbarkeiten bestehen.

## United Kingdom



1. Data for the unemployment rate refer to the population aged 16 and over. Data for the labour force participation rate refer to the population aged between 16 and 64.
2. Real average weekly earnings excluding bonuses. Earnings have been deflated by the consumer price index including owner occupiers' housing costs.

Source: Office for National Statistics.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933877354>

Die Bank of England hat angedeutet, dass im Fall eines reibungslosen Austritts aus der Europäischen Union weitere Leitzinserhöhungen und eine Verringerung ihrer Bilanzsumme angebracht sein könnten. Angesichts der anhaltenden Unsicherheit sollte die geldpolitische Normalisierung in gemäßigtem Tempo erfolgen und klar kommuniziert werden.

Nach einer mehrjährigen Haushaltskonsolidierung wird die Fiskalpolitik 2019 akkommodierend ausgerichtet. Die Erhöhung der Gesundheits-, Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben dürfte zusammen mit der Senkung der Einkommensteuer und anderer Steuern im kommenden Jahr ungefähr 0,8% des BIP ausmachen und das Wachstum um rd. 0,3 Prozentpunkte steigern. Da aber die Erwartungen für die Entwicklung der Staatseinnahmen nach oben korrigiert wurden, werden die Haushaltsziele eingehalten.

Die zuständigen Stellen sollten bereit sein zu reagieren, falls das Vereinigte Königreich und die Europäische Union keine Einigung erzielen. Im Fall eines Nachfrageeinbruchs sollte der geldpolitische Kurs akkommodierend bleiben. Das Wirken der automatischen fiskalischen Stabilisatoren sollte in vollem Umfang zugelassen werden. Daneben sollte sich die Regierung auf Maßnahmen konzentrieren, mit denen die Produktivität und inklusives Wachstum langfristig gefördert werden, wie z.B. höhere Ausgaben für Aus- und Weiterbildung und Geringqualifizierte.

Die Regierung sollte ein Austrittsabkommen mit der EU anstreben, das möglichst enge Handelsbeziehungen, insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen, sicherstellt. Die Regierung hat eine Reihe von Mitteilungen veröffentlicht, um Bürger und Unternehmen über die voraussichtlichen Auswirkungen eines No-Deal-Szenarios aufzuklären. Sie hat Gesetzesvorschläge erarbeitet, die es Haushalten und Unternehmen im Vereinigten Königreich ermöglichen werden, auch künftig von EU-Firmen erbrachte Finanzdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Zudem wäre es wichtig, Übergangsregelungen zu verabschieden, um bei Bedarf Störungen an den Finanzmärkten und anderen Märkten zu verhindern. Die Maßnahmen der Regierung sollten darauf ausgerichtet sein, bei Eintreten Brexit-bedingter

Handels- und Produktionsverlagerungen nicht bestimmte Sektoren oder Arbeitsplätze, sondern die betroffenen Arbeitskräfte zu unterstützen, u.a. durch die Förderung von Umschulungen.

### ***Das Wachstum dürfte sich weiter verlangsamen***

Das Wirtschaftswachstum dürfte im nächsten Jahr unter dem Einfluss fiskalpolitischer Impulse leicht anziehen. Für 2020 wird eine Verlangsamung erwartet, da das Nachfragewachstum hinter dem langfristigen Trend zurückbleibt. Die restriktivere Geldpolitik und nachlassende Rohstoffpreiseffekte dürften die Inflation in Richtung ihres Zielwerts sinken lassen. Die Projektionen gehen von einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote aus. Die Staatsschuldenquote dürfte nach einem Höchststand im laufenden Haushaltsjahr im Verlauf der kommenden beiden Jahre allmählich zurückgehen. Das Leistungsbilanzdefizit dürfte sich dank steigender Waren- und Dienstleistungsexporte verringern.

Auf kurze Sicht besteht das bei Weitem größte Risiko darin, dass es dem Vereinigten Königreich nicht gelingt, sich mit der Europäischen Union auf ein Austrittsabkommen zu einigen. OECD-Analysen zufolge könnte bei Eintreten des No-Deal-Szenarios das reale BIP auf Zweijahressicht um mehr als 2% niedriger ausfallen. Die mangelnde Klarheit über die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union oder die Verlängerung der Übergangsphase sowie die daraus resultierende Ungewissheit könnten die Unternehmen veranlassen, Investitionsentscheidungen noch länger aufzuschieben. Die Aussicht auf weiterhin möglichst enge wirtschaftliche Beziehungen mit der Europäischen Union würde dagegen für ein kräftigeres Wirtschaftswachstum sorgen als hier unterstellt.



**From:**  
**OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2**

**Access the complete publication at:**  
[https://doi.org/10.1787/eco\\_outlook-v2018-2-en](https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-en)

**Please cite this chapter as:**

OECD (2018), "Vereinigtes Königreich", in *OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: [https://doi.org/10.1787/eco\\_outlook-v2018-2-48-de](https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-48-de)

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to [rights@oecd.org](mailto:rights@oecd.org). Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at [info@copyright.com](mailto:info@copyright.com) or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at [contact@cfcopies.com](mailto:contact@cfcopies.com).